

II-1344 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 732/J

1980 -07- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing.Riegler

und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum

In vielen ländlichen Regionen Österreichs gibt es eine weit über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit. Davon sind in erster Linie Agrargebiete betroffen, wie aus Untersuchungen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung hervorgeht. So stieg die Stellenandrangsziffer nach Gebietstypen in den Agrargebieten am stärksten und hat auch innerhalb aller übrigen Gebietstypen die absolut höchsten Werte. Die Stellenandrangsziffer - Arbeitslose je 100 offene Stellen - betrug im österreichischen Bundesmittel im Jahre 1977 159,2 und stieg im Jahre 1978 auf 199,2. In den Agrargebieten traten bereits Werte von 307,3 im Jahre 1977 und von 406,8 im Jahre 1978 auf. Damit liegen die Agrargebiete noch ungünstiger als die alten Industriegebiete, wo die Arbeitsplatzsicherung bereits zu einem ernsten Problem geworden ist und budgetmäßig viel mehr getan wird als für die Agrargebiete. Die Wachstumsschwäche der Gesamtwirtschaft in den 70er-Jahren hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschärft und die österreichische Land- und Forstwirtschaft hat prompt darauf reagiert. Der Strukturwandel ist eingebremst, die Bauern sind verunsichert und finden nur mehr sehr schwer außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze. Dauerarbeitsplätze in Industrie und Gewerbe sind heute begehrter als je zuvor und die

Nebenerwerbsbauern bekommen das besonders deutlich zu spüren. Die bäuerliche Jugend bleibt wieder mehr auf den Höfen als in früheren Jahren und der Berufswechsel von jungen Bauern verlor ebenfalls an Bedeutung. Die jährliche "Abwanderungsrate" sank von 5,5 auf 3,5 %. Parallel dazu steigt natürlich der Angebotsdruck auf einigen Agrarmärkten, weil diese Arbeitskräfte mehr produzieren und der wissenschaftliche und technische Fortschritt ein permanenter Prozeß ist, der die Situation zusätzlich verschärft. Unter diesen Voraussetzungen ist es eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit und auch ein sozialer Akt, der Arbeitsplatzsicherung in der Land- und Forstwirtschaft jene Bedeutung beizumessen, die in anderen Wirtschaftsbereichen selbstverständlich ist. Wir haben in Österreich einige Möglichkeiten von Produktionsalternativen, die rasch ausgebaut und im Interesse der Arbeitsplatzsicherung in der Land- und Forstwirtschaft genutzt werden sollen. Darüber hinaus sollten industrielle und gewerbliche Arbeitsplätze stärker in den ländlichen Raum verlegt werden, damit das Pendlerproblem entschärft wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden Sie bzw. die Bundesregierung setzen, um die Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum entsprechend zu forcieren?
- 2) Die Land- und Forstwirtschaft kann als Rohstofflieferant für die Energieproduktion einen beachtlichen Beitrag leisten; welche Vorstellungen haben Sie, um die Land- und Forstwirtschaft in ein umfassendes Energiekonzept zu integrieren?
- 4) Welche Maßnahmen haben Sie vor, um durch den Ausbau von

- 3 -

Spezialkulturen Marktlücken zu schließen und inländische bäuerliche Arbeitsplätze zu sichern bzw. aufzubauen?

- 5) Welche Initiativen wird die Bundesregierung in nächster Zeit setzen, um außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze in die ländlichen Regionen zu bringen?
- 6) Werden Sie sich dafür verwenden, daß durch die Einführung eines Pendlerpauschales die Pendler von den stark steigenden Belastungen (Treibstoffpreise!) wenigstens teilweise befreit werden?